

Gemeinsame Empfehlungen von Mitgliedern des Bündnis „Zukunft der Industrie“ zur Erarbeitung einer neuen Industriestrategie der Bundesregierung

Ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, stabile Finanzen und wirtschaftlichen Erfolg müssen wir mit Investitionen in eine erfolgreiche, nachhaltig wirtschaftende Industrie verbinden. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung. Dabei orientieren wir uns an gemeinsamen Leitmotiven: Die **Zukunft der Industrie** müssen wir jetzt **gestalten und sichern**. So erreichen wir das Ziel einer international wettbewerbsfähigen Industrie, welche die Transformation hin zur Treibhausgas-Neutralität erfolgreich bewältigt.

Zur Erreichung dieser Ziele treten wir für eine nachhaltige deutsche und europäische Industriepolitik auf **Grundlage** einer **breit abgestimmten nationalen Industriestrategie** ein.

In diesem Sinne empfehlen wir auf Basis der Vorschläge des Bündnis „Zukunft der Industrie“ vom November 2022 folgende Maßnahmen:

Verlässliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen/Energie- und Mobilitätswende vorantreiben/Investitionen erhöhen

Unsere energieintensiven Branchen, insbesondere in der Grundstoffindustrie, müssen auch in einer Welt in der die Erneuerbaren Energien für unsere Energieversorgung prägend sind, verlässliche und **international wettbewerbsfähige Energiepreise** in Deutschland vorfinden. Entsprechende Umsetzungsschritte müssen jetzt in Angriff genommen werden.

Die Versorgungssicherheit, auch bei Last- und Leistungsschwankungen, muss gewährleistet sein. Hierfür kann die anstehende **Weiterentwicklung des** Strommarktdesigns im Rahmen der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) für die Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten. Vordringlich ist der Ausbau der gesicherten Leistung durch Gaskraftwerke, die langfristig Wasserstoff nutzen können.

Zudem muss **mehr Tempo bei der Planung, Genehmigung und Umsetzung** energierelevanter Investitionsprojekte – insbesondere dem Ausbau der Erneuerbaren - erreicht werden. Wir begrüßen das Inkrafttreten des Wind-an-Land-Gesetzes und der Umsetzung der EU-Notfallverordnung. Weitere Schritte müssen folgen.

Die Fertigungskapazitäten für erneuerbare Energieerzeugungsanlagen müssen (wieder-)aufgebaut bzw. erheblich erweitert werden. Den Vorschlag einer **„Europäischen Plattform für Transformativtechnologien“** unterstützen wir nachdrücklich, da der zügige Ausbau von industriellen Produktionskapazitäten in für die Energiewende zentralen Transformationstechnologien (z.B. Photovoltaik, Wind, Wärmepumpen, Brennstoffzellen sowie deren Komponenten) unerlässlich ist.

Darüber hinaus müssen **Entwicklung, Aufbau und Einsatz von Substitutions- und Effizienz-Technologien sowie Technologien der Sektorenkoppelung** in Deutschland sichergestellt werden. **Neue IPCEIs** sind zu entwickeln.

Ausreichende und zielgerichtete öffentliche Investitionen müssen ermöglicht und umgesetzt werden, auch um bessere Rahmenbedingungen für solche privaten Investitionen in Infrastruktur zu schaffen, die die Basis für die Energie- und Antriebswende

im Verkehr bildet (insbesondere bei Strom- und Wasserstoffnetzen, Ladeinfrastruktur).

Die zeitnahe und ausreichende **Verfügbarkeit von Anschlüssen an die Zukunftsnetze** (Strom, Wasserstoff, CO₂, Wärme/Kälte) sind von höchster Priorität.

Rechtsunsicherheiten geschaffen und digitale Geschäftsmodelle in der Industrie erschwert werden, denn sie ermöglicht es Unternehmen jeglicher Größe an der Wertschöpfung der digitalen Wirtschaft teilzuhaben. **Gezielte Investitionen in Technologien, die Digitalisierung und Nachhaltigkeitsziele verbinden**, wie beispielsweise Smart Grids und Smart Mobility, müssen mit Kraft vorangetrieben werden.

Die rasanten technologischen Entwicklungen unter anderem im Bereich der Hochleistungsrechner (High Performance Computing, HPC), der Quantentechnologie und im Edge Computing können in Verbindung mit der deutschen Industriekompetenz Treiber für positive Entwicklungen sein.

Um die Transformation der deutschen Industrie wirksam zu begleiten sollte die Industriestrategie Leitlinien einer verbesserten **Vernetzung in der Industrie-, Energie- und regionalen Strukturpolitik** entwickeln.

Die vom BMWK geförderten regionalen **Transformationsnetzwerke** leisten hier wichtige Arbeit. Eine rechtzeitige Evaluation sollte erfolgen, um die Netzwerke **ggf. über 2025** hinaus zu **fördern**.

Fachkräftemangel entgegenwirken

Die Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Fachpersonal ist ein zentraler Erfolgsfaktor der Transformation und entscheidet über die industrielle Zukunftsfähigkeit Deutschlands und damit der weiteren Wohlstandsentwicklung. Die **Berufsorientierung in allen Schulformen**, auch den Gymnasien, **muss verbessert und ausgebaut werden**.

Die **Verringerung der Schulabbrecherquoten, Stärkung des MINT-Nachwuchses, Förderung von Erwerbsmigration** aus Drittstaaten vereinfacht **und die Zuwanderung** sind zentrale Aufgaben eines vernetzten politischen Handelns.